



Interviews

Datum: 28.09.2022

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Michael Kretschmer, CDU, Ministerpräsident von Sachsen

Barbara Schmidt-Mattern: Ich kann das Thema Entlastungen, aber auch Energiesparmaßnahmen für die Bevölkerung und die Unternehmen in Deutschland jetzt vertiefen im Gespräch mit Michael Kretschmer, Ministerpräsident in Sachsen und CDU-Politiker. Schönen guten Morgen, Herr Kretschmer.

Michael Kretschmer: Glück auf, müsste man fast sagen, wenn man den Beitrag hört, aber guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Wir haben die Sorgen von Sächsinen und Sachsen im Erzgebirge gerade gehört. Wie nehmen Sie die Stimmung wahr, wenn Sie in Ihrem Land unterwegs sind?

Kretschmer: Sie berichten ja jeden Tag darüber. Diese extremen Kostensteigerungen machen den Menschen Angst und sorgen dafür, dass viele nicht mehr wissen, wie sie diese Rechnungen bezahlen sollen, weil sie einfach zu hoch sind. Und vor allen Dingen der Wirtschaft wird jetzt langsam deutlich, es gibt kein absehbares Ende dieser extremen Preissteigerungen und es stehen viele Existenzen auf dem Spiel. Deswegen haben wir gedrängt als Bundesländer, jetzt muss der Bund endlich handeln. Es ist wieder eine Verzögerung von einer Woche eingetreten. Aber in der Zwischenzeit, glaube ich, haben die Bundesländer und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten einen ziemlich klaren Plan, was hier passieren muss, haben auch einen klaren Plan, den wir heute beraten werden, und das wird am Ende auch die Grundlage sein, was die Bundesregierung machen muss. Es ist in der Tat Ideologie. Wenn man nur anschaut, was Sie heute Morgen berichtet haben, dass der Bundeswirtschaftsminister nicht für die Atomkraftwerke ein generelles Weiterlaufen verfügt, dass er nicht den Preis im Blick hat oder die Versorgungssicherheit, sondern so eine temporäre Lösung anstrebt, dann sieht man schon, er ist nicht bei dem Thema, was die Menschen in diesem Land betrifft, nämlich die Frage der Preise, sondern er hat Nebenthemen, die er bearbeiten will, und das können wir ihm so nicht durchgehen lassen.

Schmidt-Mattern: Herr Kretschmer, wir haben eben im Bericht durchaus Stimmen gehört, aus denen Politikverdrossenheit klingt. Auch der neue Bericht zum Stand der deutschen Einheit legt entsprechende Stimmungsbarometer vor, aus Thüringen und auch aus Sachsen.

Sie sprechen jetzt selber von Ideologie und werfen das Berlin vor. Leisten Sie nicht auch damit der Politikverdrossenheit Vorschub?

Kretschmer: Nein! Ich meine, wir haben, auch gerade ich, die Diskussionen seit März, April, Mai immer wieder geführt, was passiert, wenn hier diese riesigen Gasmengen aus Russland wegfallen. Was ist die Konsequenz? – Riesige Preissteigerungen. Das tritt jetzt genau ein und anders als andere europäische Länder, Tschechien, Spanien, Frankreich, ist Deutschland nicht vorbereitet. Wir haben keinen Preisdeckel, wir haben keine Lösung dafür. Wir haben eine Bundesregierung, die sich nicht einigen kann, die jetzt eine Gasumlage einführt und wenige Tage, bevor sie eintreten will, will sie diese wieder nicht einführen, übrigens mit dramatischen Folgen. Wir reden über Uniper, ein verstaatlichtes Unternehmen, aber es gibt weitere Unternehmen, die durch diese Gasumlage gerettet würden, und wir werden auch das heute Nachmittag besprechen müssen, was passiert mit diesen Unternehmen, wenn diese Gasumlage wegfällt, was ich für richtig halte, weil sie ein Monstrum ist. Dann muss es ja eine Alternative dazu geben. – Die Dinge sind nicht durchdacht und ich will es noch mal sagen: Wir haben diese Diskussion um die Atomkraft geführt, damit die Preise runtergehen. Der Bundeswirtschaftsminister – Sie haben es gerade mit Ihrem Experten in Berlin besprochen – hat nicht das als Thema gehabt, sondern er verlässt sich auf französische Atomenergie, und weil die nicht geliefert werden kann, will er als Backup-Lösung, als Reserve diese zwei Kraftwerke verlängern. Ich glaube, die Menschen in diesem Land wollen etwas ganz anderes. Die wollen niedrige Energiepreise und deswegen nicht nur diese zwei, sondern die drei, die wir haben, und die drei, die im Standby sind. Die müssen jetzt ans Netz, damit die Preise runtergehen.

Schmidt-Mattern: Aber nur die drei AKW sollen am Netz bleiben? Oder wollen Sie insgesamt eine Rückkehr zur Atomkraft, am Ende sogar den Bau neuer Atomkraftwerke? Dafür spricht sich ja auch die AfD aus.

Kretschmer: Auch das Argument finde ich, ehrlich gesagt, auch journalistisch jetzt nicht sonderlich klasse.

Schmidt-Mattern: Es ist kein Argument, nur eine Information.

Kretschmer: Nein, das hat eine Bedeutung, wenn man das so nebenbei sagt. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die immer für die Atomkraft eingetreten sind. Ich habe diesen Ausstiegskompromiss mit verteidigt, weil mir es wichtig war, dass dieses Thema mal geklärt wird. Jetzt haben wir eine Zeitenwende. Wir können die Energiewende nicht so fortführen,

weil uns große Mengen Gas fehlen. Also muss doch jetzt mal für die nächsten Jahre, in denen wir uns neu aufstellen müssen, es möglich sein, auch mit dieser Technologie weiterzuarbeiten. Und noch einmal: Wir haben mindestens drei Themenkreise. Das erste ist das Thema Gas. Da brauchen wir einen Tunnel oder eine Brücke, wie der Bundesfinanzminister jetzt beschrieben hat, bis wir zu ausreichenden Gasmengen kommen, die auch zu günstigen Preisen zur Verfügung stehen. Das wird nicht einfach, das wird uns viel kosten. – Wir haben das Thema Strom. Da haben wir es selbst in der Hand mit Braunkohle, mit Biomasse, aber auch mit den vorhandenen Atomkraftwerken, erst einmal die Preise so nach unten zu drücken, dass die Menschen wieder richtig atmen können. – Das dritte Thema sind die Lieferketten. Das ist eigentlich das Thema, was wirklich am meisten bearbeitet werden muss von der Bundesregierung. Wenn wir diese drei Dinge mit aller Kraft angehen, dann werden wir auch wieder zu einer neuen Stärke kommen und auch einem neuen Vertrauen in die Politik.

Schmidt-Mattern: Sie haben erst am Wochenende gefordert, Herr Ministerpräsident – das ist in Ihrem Twitter-Konto nachträglich zu sehen und zu hören -, dass wir beim Gas „ein anderes Verständnis“ bräuchten. Weiter sagen Sie, wir werden auch in den nächsten Jahren auf russisches Gas angewiesen sein. – Was meinen Sie damit konkret?

Kretschmer: Das ist eine gigantische Menge. Die Hälfte des deutschen Gases, was wir verwendet haben, kam aus Russland. Jetzt kommt es nicht mehr und wir sehen, diese extreme Mangellage sorgt für riesige Preissprünge. Wir kommen von 20 Euro die Megawattstunde, wir sind an manchen Tagen heute beim Spotmarkt bei 300 und mehr Euro. Die deutschen Gasspeicher sind gefüllt worden, koste es was es wolle, war ja auch die Aussage, war auch richtig, um sie wieder voll zu machen, aber diese gigantischen Preise müssen natürlich auch vom Verbraucher bezahlt werden. Wir sehen, dass weder die Bürgerinnen und Bürger das tragen können, noch die Unternehmen, und das ist in der Tat so. Das vernichtet die Wirtschaft in Deutschland und deswegen: das neue Verständnis muss sein - ich glaube, dass der Bundesfinanzminister ähnlich denkt, Christian Lindner -, jetzt eine Zeit zu überbrücken. Wir haben die Möglichkeit, aus arabischen Ländern Gas zu bekommen. Das wird ein bis zwei Jahre dauern, bis große Mengen lieferbar sind. Wir haben einheimisches Gas, was wir fördern müssen, und wir müssen darauf setzen, dass dieser Krieg ein Ende hat und dass wir dann auch wieder über Pipeline Gas bekommen können.

Schmidt-Mattern: Sie haben viel Kritik auf sich gezogen im August, als Sie im ZDF gefordert haben, der Krieg in der Ukraine müsse eingefroren werden. Bleiben Sie denn bei dieser Sichtweise?

Kretschmer: Krieg ist doch nie eine richtige Lösung. Es muss doch immer darum gehen, einen Krieg zu beenden, das Sterben zu beenden. Wir sehen jetzt auch, wie diese Menschen in der Ukraine kämpfen. Wir unterstützen sie. Die haben alle unsere Solidarität, das ist überhaupt keine Frage. Aber dass wir mit ganzer Kraft uns dafür einsetzen als Deutschland, mit unseren Verbündeten, mit unseren auch diplomatischen Möglichkeiten, dass dieser Krieg möglichst schnell am Verhandlungstisch weiter besprochen wird und nicht auf dem Schlachtfeld, das ist doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Schmidt-Mattern: Ich bleibe noch mal dabei, dass Sie vor wenigen Tagen gesagt haben, wir sind auf russisches Gas auch in den nächsten Jahren angewiesen. Heißt das mit anderen Worten, Sie wollen abhängig bleiben von einem Land, das seine Nachbarn überfällt?

Kretschmer: Nein. Das heißt das, was Sie in Ihrem Programm von früh bis abends berichten, dass diese extremen Preise die Bevölkerung überfordern, dass wir wirtschaftlich es nicht aushalten, dass wir das als Realität anerkennen müssen. Wir erleben es gerade, wenn diese Mengen fehlen, und wir können uns darauf einstellen, dass wir über LNG, Flüssiggas aus vielen Ländern der Welt Gas bekommen, aber das wird zu anderen, viel höheren Konditionen sein. Deswegen jetzt in dieser Situation muss es darum gehen, alles Verfügbare an Kapazitäten in die Waagschale zu werfen, vor allen Dingen das, was wir als Deutschland selber in der Hand haben. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Frieden herrscht, dass das Sterben aufhört, und nicht denjenigen das Wort reden, die sagen, egal was kommt, nie wieder keine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, das wollen wir auf keinen Fall, sondern wir müssen ein Interesse daran haben, dass nach diesem Krieg, vielleicht auch nach Putin, kann man ja auch sagen, es wieder ein anderes Miteinander gibt. Denn wir führen doch keinen Krieg gegen das russische Volk oder gegen Russland, sondern wir haben es mit einem verbrecherischen Regime zu tun, das wir dazu zwingen wollen, dass es jetzt auch in Friedensverhandlungen mit eintritt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.